



Antrag

der Fraktion des SSW

Mehreinnahmen für Kinderbetreuung und Schuldenabbau nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die voraussichtlichen Steuermehreinnahmen für die Jahre 2011 und 2012 nachträglich in die Haushalte für 2011 und 2012 einzuarbeiten.

Hierfür ist zur Juni-Sitzung 2011 des Landtages ein Nachtragshaushalt für beide Jahre mit folgenden Maßgaben vorzulegen:

- Die voraussichtlichen Steuermehreinnahmen insbesondere bei der Lohn- und Einkommenssteuer sowie der Umsatzsteuer sind gemäß der Mai-Steuerschätzung 2011 und die Ausgleichszahlung bezüglich der Brennelementesteuer gemäß der noch zu treffenden Vereinbarung mit dem Bund einzuarbeiten.
- Aus den voraussichtlichen Steuermehreinnahmen ist die frühkindliche Bildung zu fördern und das dritte Kindergartenjahr ab dem Kindergartenjahr 2011/2012 dauerhaft beitragsfrei zu stellen.
- Darüber hinausgehende Einnahmen sind ausschließlich für die Verringerung der Neuverschuldung und für den Schuldenabbau zu verwenden.

Begründung:

In den von der Landesregierung vorgelegten Haushalten für 2011 und 2012 sind die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer sowie den anderen Steuern mit einer jeweiligen Steigerungsrate von 4,15 % eher vorsichtig angesetzt. Die Arbeitsgruppe Steuerschätzung hat für die Jahre 2011 und 2012 Abweichungen von der Mai-Steuerschätzung von + 8,5 % und + 8,8 % ermittelt. Damit könnten die Steuereinnahmen, insbesondere aus der Lohn- und Einkommenssteuer

und aus der Umsatzsteuer, um ca. 200 bis 300 Millionen Euro höher liegen als bisher erwartet.

Sollte es zu Steuerrechtsänderungen bei der Lohn- und Einkommenssteuer kommen, könnte dieser Effekt noch verstärkt werden.

Weiter ist geplant, den ermäßigten Steuersatz bei der Mehrwertsteuer ausschließlich auf die notwendigsten Fälle zu begrenzen. Diese Maßnahme könnte zu Mehreinnahmen in Höhe von bis zu 600 Millionen Euro führen.

Außerdem wird eine Brennelementesteuer eingeführt. Sollte das Land eine jährliche Ausgleichszahlung wegen der Einführung der Brennelementesteuer erhalten, müsste diese ebenfalls in den Haushalt eingearbeitet werden.

Für ein beitragsfreies Kindergartenjahr sind in der Vergangenheit 27 Millionen Euro aufgewendet worden. Das dritte beitragsfreie Kindergartenjahr und weitere Maßnahmen zur frühkindlichen Bildung sind somit finanzierbar und gleichzeitig kann der weitere Schuldenabbau fortgesetzt werden.

Lars Harms
für die SSW-Fraktion